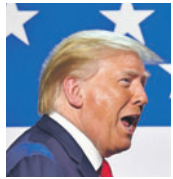


Fall George Floyd Prozess gegen Polizisten erst im nächsten Jahr

MINNEAPOLIS Das Hauptverfahren gegen vier wegen der Tötung des Afroamerikaners George Floyd angeklagte Ex-Polizisten soll US-Medienberichten zufolge am 8. März nächsten Jahres beginnen. Zuvor soll es am 11. September noch eine Anhörung zu Verfahrensfragen geben, wie Richter Peter Cahill verfügte. Er warnte die Beteiligten auch, dass bei weiteren öffentlichen Äusserungen zu dem Fall eine Verlegung des Verfahrens an einen anderen Ort nötig sein könnte, um einen fairen Prozess zu garantieren, wie die örtlichen Fernsehsender ABC5 und Kare11 berichteten. Der Hauptangeklagte Derek C. nahm über Videolink aus dem Gefängnis an der Anhörung teil, die übrigen drei waren im Gerichtssaal präsent, wie sie weiter berichteten. Ihnen drohen lange Haftstrafen. Zwei der inzwischen entlassenen Polizisten sind auf Kautions frei. (sda/dpa)

Laut CNN Trumps «böartigste» Angriffe sollen Merkel gegolten haben

WASHINGTON Es war ein Telefonat mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, das ein Amtsenthebungsverfahren gegen US-Präsident Donald Trump (Foto) auslöste. Nun will der US-Sender CNN erfahren haben, dass sich Trump am Telefon auch gegenüber anderen Staats- und Regierungschefs ungewöhnlich verhält. Dessen «böartigste Angriffe» hätten der Bundeskanzlerin Angela Merkel und der damaligen britischen Premierministerin Theresa May gegolten, berichtete der Sender unter Berufung auf zwei von mehreren namentlich nicht genannten Geheimdienstbeamten und Quellen aus dem Weissen Haus. Trump soll Merkel am Telefon als «dumm» bezeichnet und beschuldigt haben, «unter dem Einfluss der Russen zu stehen», zitierte CNN eine Quelle. Merkel sei nach aussen hin gelassen geblieben und habe Trump Fakten entgegengehalten. (sda/dpa)



Überparteiliches Komitee warnt vor Folgen der Begrenzungsinitiative

Schweiz Schwächerer Lohnschutz, eingeschränkte Reisefreiheit und ein zunehmender Fachkräftemangel: Die Gegner der SVP-Begrenzungsinitiative haben die Folgen erläutert, welche mit einer Kündigung der Personenfreizügigkeit einhergingen.

Geschlossen legten Vertreter der SP, FDP, CVP, Grünen, GLP, BDP und EVP vor den Medien in Bern ihre Argumente gegen die Begrenzungsinitiative dar. Insgesamt sieben Redner des überparteilichen Komitees kritisierten die «Scheinargumente der SVP» für eine Begrenzung der Zuwanderung. Über die Initiative stimmen Volk und Stände am 27. September ab. Schon der Titel des Volksbegehrens sei ein «Etikettenschwindel», sagte der Ausserrhoder FDP-Ständerat Andrea Caroni. Mit der Initiative werde nichts begrenzt ausser der Wohlstand der Schweiz.

Keine Illusionen

Bei einer Annahme der Begrenzungsinitiative fielen nicht nur die Personenfreizügigkeit weg, sondern wegen der Guillotineklausele auch sechs weitere Abkommen, nämlich die gesamten Bilateralen I. Eine Neuverhandlung der Personenfreizügigkeit innerhalb eines Jahres - wie es die Initiative fordert - sei illusionär, sagte Caroni. Auch das von den Initianten als Alternative zu den Bilateralen «gepriesene umfassende Freihandelsabkommen» sei ein Feigenblatt. Die Verhandlungen über ein solches Abkommen würde Jahre in Anspruch nehmen, sagte Caroni. Zudem sei der Ausgang ungewiss. Gleichzeitig würde die Wirtschaft jeden Tag ohne geregelten Marktzugang viel Geld verlieren. Gerade während der Coronakrise sei ein solches Experiment klar abzulehnen. «Sägen wir nicht am Ast, auf dem wir sitzen», sagte die Baselbieter CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter. Stabile Beziehungen zur EU als wichtigste Handelspartnerin seien unverzichtbar. Mehr als die Hälfte des Schweizer Aussenhandels laufe über die EU. Ohne bilaterale Verträge würden Schweizer Unternehmen den privilegierten Zugang zum mit Abstand wichtigsten

«Schon der Titel des Volksbegehrens ist ein Etikettenschwindel.»

ANDREA CARONI
FDP-STÄNDERAT



Die Begrenzungsinitiative der SVP stellt den bilateralen Weg zwischen der Schweiz und der EU infrage. Sie verlangt, dass das Freizügigkeitsabkommen innerhalb eines Jahres neu verhandelt wird.

Absatzmarkt verlieren. Die Baselbieter SP-Nationalrätin Samira Marti stellte die Risiken für die Arbeitnehmenden ins Zentrum ihrer Rede. Der Lohnschutz sei gefährdet. Um unerwünschte Nebeneffekte der Personenfreizügigkeit abzufedern, seien die flankierenden Massnahmen eingeführt worden. Weitere Massnahmen zum Schutz der inländischen Arbeitskräfte, wie zum Beispiel die Stellenmeldepflicht, seien bereits in der Umsetzung.

Gefragte ausländische Arbeitskräfte

Fielen die Bilateralen I dahin, sei auch der Schweizer Bildungs- und Forschungsstandort gefährdet, warnte der Genfer GLP-Nationalrat Michel Matter. Ohne Kooperation mit der EU seien viele Projekte infrage gestellt. Auch das Gesundheitswesen käme laut der Berner EVP-Nationalrätin Marianne Streiff-Feller

an seine Grenzen. Gerade in Spitälern sei die Schweiz auf ausländisches Personal angewiesen. Die Coronakrise habe das wieder allen vor Augen geführt.

«Fertig lustig»

Angst vor einer Annahme der Initiative sollten auch jene Personen haben, die gerne ins Ausland verreisen oder ausländische Gäste in der Schweiz empfangen, hielt der Berner BDP-Nationalrat Lorenz Hess fest. «Austauschsemester oder Praktika von Schweizern in der EU und umgekehrt wären bei einem Ja nicht mehr so einfach möglich.» Auch für die Tourismusbranche wäre «fertig lustig», sagte Hess. Der neue Präsident der Grünen, der Zürcher Nationalrat Balthasar Glättli, argumentierte mit der Chancengleichheit: Viele EU-Ausländer lebten und arbeiteten in der Schweiz und zahlten dafür auch Steuern. «Weshalb sollen sie nicht die gleichen Rechte haben wie wir?» Glättli kritisierte zudem, dass die SVP ihre Initiative auch mit

Umweltschutzargumenten verteidigt. Das sei «etwa gleich glaubwürdig, wie wenn ein Brandstifter laut nach der Feuerwehr ruft». Die SVP habe sich in der Vergangenheit mehrmals gegen Umwelt- und Klimaschutzvorlagen gestellt, jüngstes Beispiel sei das CO2-Gesetz.

SVP kämpft alleine

Die Begrenzungsinitiative stellt den bilateralen Weg zwischen der Schweiz und der EU infrage. Sie verlangt, dass das Freizügigkeitsabkommen innerhalb eines Jahres neu verhandelt wird. Bei einem Scheitern der Verhandlungen müsste die Schweiz das Abkommen kündigen. Die Initianten der SVP argumentieren, dass aufgrund der ausländischen Arbeitnehmenden die Löhne unter Druck gerieten und einheimische Arbeitskräfte verdrängt würden. Alle anderen Parteien, der Bundesrat sowie Wirtschaftsverbände, Bewegungen aus der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften stellen sich der Initiative entgegen. (sda)

Trotz weltweiter Kritik: China erlässt Sicherheitsgesetz für Hongkong

Besorgnis Ungeachtet massiver Kritik hat China das umstrittene Gesetz zum Schutz der nationalen Sicherheit in Hongkong erlassen. Der Ständige Ausschuss des Volkskongresses in Peking verabschiedete das Gesetz einstimmig.

Es richtet sich gegen Aktivitäten, die von Peking als subversiv, separatistisch oder terroristisch angesehen werden. Auch soll es «heimliche Absprachen» von Aktivisten mit Kräften im Ausland bestrafen. Kritiker sehen eine «Waffe der Unterdrückung». Menschenrechtspolitiker fordern deutsche oder europäische Sanktionen gegen Peking. Die Spitzen der Europäischen Union und der NATO äusserten sich besorgt. «Diese neue Gesetzgebung steht weder mit dem Grundgesetz Hongkongs noch mit Chinas internationalen Verpflichtungen im Einklang», sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Brüssel. China müsse mit «sehr negativen Konsequenzen» rechnen. So dürften das Vertrauen von Unternehmen und Chinas Reputation sinken. Das Sicherheitsgesetz untergrabe die Autonomie und werde sich nachteilig auf die Unabhängigkeit

von Justiz und Rechtsstaatlichkeit auswirken, sagte von der Leyen. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg meinte in Hamburg: «Es ist offensichtlich, dass China nicht unsere Werte teilt.» Das gelte für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Die 162 Abgeordneten des Ständigen Ausschusses in Peking stimmten auch dafür, das Gesetz unter Umgehung des Hongkonger Parlaments als Anhang in das Grundgesetz der chinesischen Sonderverwaltungsregion aufzunehmen. Staats- und Parteichef Xi Jinping unterzeichnete anschliessend das Dekret, das damit per Erlass in Kraft trat, wie die Nachrichtenagentur Xinhua berichtete.

«Gesetz gilt nicht rückwirkend»

Hongkongs Regierungschefin Carrie Lam versicherte in einer Videobotschaft vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf, dass das Gesetz nicht rückwirkend gelten werde, wie befürchtet worden war. Der Gesetzestext war zunächst geheim gehalten worden. Lam beteuerte ferner, das Gesetz werde Hongkongs «hohes Mass an Autonomie» nicht aushöhlen. Die Kritiker sehen das allerdings anders, da es der bisher weitestgehende Eingriff in die Autonomie der chinesischen Sonderverwaltungsregion ist. Auch ist es eine Reaktion auf die seit einem Jahr anhal-

tenden Demonstrationen gegen den wachsenden Einfluss Pekings. Die demokratischen Kräfte fürchten jetzt ein Ende des Prinzips «ein Land, zwei Systeme», nach dem die frühere britische Kronkolonie seit der Rückgabe 1997 an China autonom und mit eigenen Freiheitsrechten verwaltet wird.

Angst vor Verfolgung

Die Verabschiedung des Gesetzes war geprägt von grosser Geheimhaltung, was das Misstrauen noch verstärkte. Der einzige Hongkonger Abgeordnete in dem Ausschuss, Tam Yiu-Chung, bestätigte später auch Befürchtungen, dass künftig auch eine Auslieferung von Verdächtigen «in seltenen Situationen» nach Festlandchina möglich wird. Nichts anderes hätte schon das kontroverse Auslieferungsgesetz zum Ziel gehabt, das Hongkongs Regierung nach Massenprotesten im vergangenen Jahr aufgeben musste. Kritiker verweisen auf die mangelnde Unabhängigkeit der Gerichte in China, die eine Verurteilungsrate von 99 Prozent haben. Aus Angst vor Verfolgung erklärten der bekannte Aktivist Joshua Wong sowie seine Mitstreiter Agnes Chow und Nathan Law den Rückzug aus ihrer Partei Demosisto. Diese wurde aufgelöst. Mit dem neuen Gesetz müssten An-



China-Unterstützer feiern das neue Gesetz in Hongkong. (Foto: RM)

hänger der Demokratiebewegung um ihre Sicherheit fürchten, begründete Wong den Schritt. Er wolle aber in Hongkong bleiben, «bis sie mich zum Schweigen bringen und auslöschen». Als Reaktion stoppten die USA den Export von Rüstungsgütern nach Hongkong. Die Ausfuhr von Technologien, die dem Militär dienlich sein könnten, unterliegt künftig den gleichen Beschränkungen wie Exporte nach China. «Wir können nicht mehr unterscheiden zwischen dem Export kontrollierter Waren nach Hongkong oder auf das chinesische Festland», sagte US-Aussenminister Mike Pompeo. Die US-Regierung hatte schon Ende Mai angekündigt, der Sonderverwaltungsregion wegen Pe-

kings Einmischung den vorteilhaften Rechtsstatus streichen zu wollen. Scharfe Kritik gibt es auch an dem Vorhaben Pekings, ein Sicherheitsbüro in der Metropole einzurichten, um die Umsetzung des Gesetzes zu «überwachen». Das neue Gesetz sieht zudem ein eigenes Gericht für Verfahren wegen nationaler Sicherheit vor, dessen Richter von Regierungschefin Lam ausgesucht werden. Seit einem Jahr kommt es in Hongkong wiederholt zu Demonstrationen, bei denen gegen den Einfluss Pekings und gegen Polizeibrutalität protestiert wird. Die Demonstranten fordern auch freie Wahlen, wie es ihnen bei der Rückgabe 1997 an China in Aussicht gestellt worden war. (sda/dpa)